**Anfrage an den Magistrat 25.07.2022 der Kreisstadt Dietzenbach**

|  |
| --- |
| **Betr.: Zukunft der Städtischen Betriebe** |

Trotz der intensiven Diskussion über den Jahresabschluss 2019 der Städtischen Betriebe ist aus Sicht unserer Fraktion bis jetzt kein befriedigender Abschluss erreicht. Unabhängig von der plötzlich nicht mehr als notwendig gesehenen Entlastung der Betriebsleitung und der fragwürdigen Argumentation zu dem „Druckfehler“ empfinden wir es als äußerst irritierend, dass eine Verfügung des Regierungspräsidiums vom 23. Juni mit ausschließlichem Bezug auf die Städtischen Betriebe den Stadtverordneten trotz mehrfachem Nachfragen vorenthalten wird.

Obwohl das besagte Schreiben trotz der expliziten Aufforderung, die Stadtverordneten über den Inhalt zu informieren, bisher nicht vorgelegt worden ist, erweckten die beiden größten Fraktionen im Haupt- und Finanzausschuss sowie in der Stadtverordnetenversammlung einen gut informierten Eindruck. Wie sonst ist es erklärlich, dass die vom Regierungspräsidium empfohlene Überlegung, den Eigenbetrieb aufzulösen und wieder in den Kernhaushalt der Stadt einzugliedern, von den genannten Fraktionen schon als fast selbstverständliche Entscheidung präsentiert wird.

Folgende Fragen drängen sich uns auf:

1. Gibt es einen triftigen Grund, warum die Stadtverordneten über das Schreiben des Regierungspräsidiums nicht informiert wurden?
2. Kommunale Eigenbetriebe sind für die meisten Hessischen Kommunen ein Standard und deshalb wäre die vom Regierungspräsidium ins Gespräch gebrachte Auflösung ein Paradigma-Wechsel, der ohne weitere Informationen nicht nachvollziehbar ist. Welche Form der Kommunikation ist geplant bzw. wird empfohlen, um vom Regierungspräsidium eine verständliche Begründung zu erhalten?
3. Vor allem wäre zu diskutieren, ob die Empfehlung des Regierungspräsidiums eine generelle Aussage ist, oder ob es eine spezifische Dietzenbach-Argumentation gibt.

**Fraktion FW-UDS**

Jens Hinrichsen